

**Haushaltsrede  
FDP-Fraktion zum Haushalt 2015  
Fraktionsvorsitzender Rudolf Joseph  
18. März 2015**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,  
verehrte Gäste,

die diesjährigen Haushaltsplanberatungen der zurückliegenden Wochen brachten im Ergebnis nichts.

An dem Hildener Finanzminister, Herrn Kämmerer Heinrich Klausgrete und seinem Team, hat es nicht gelegen.

Wir danken ihm und seinem Team für die getane Arbeit.

Eine Vielzahl von Änderungsanträgen zum Haushaltsplan wurden aus den Fraktionen eingebracht. Es wurde beraten, diskutiert und abgestimmt. Im Ergebnis sind sogar die kleinsten Sparvorschläge, die mit knapper Mehrheit in den Fachberatungen geschlossen wurden, letztendlich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 4. März diesen Jahres durch die Stimmen von SPD, Grüne und Bürgermeisterin gekippt worden. Heute soll nun ein Haushalt mit einem Defizit von 8,4 Million Euro beschlossen werden. Darüber hinaus in der mittelfristigen Finanzplanung sieht der Haushaltsplan eine Neuverschuldung in Höhe von 15 Mio Euro vor und läßt den Gesamt-Schuldenstand auf rund 30 Mio Euro bis 2018 ansteigen.

Für eine solche Schuldenpolitik sind die Hildener Freien Demokraten nicht zu haben, denn die Schulden von heute sind die Steuern von morgen.

Zu den Haushaltsplanberatungen fordern wir schon seit Jahren, dass ein Umdenkprozess und eine Systemänderung eingeleitet werden muss. Geld was nicht da ist, kann man auch nicht ausgeben.

Unseren Antrag, die Hildener Ausgabenbremse auf die freiwilligen Leistungen die vor dem Jahr 2011 beschlossen worden sind auszuweiten und sie sukzessive mit einem Verfallsdatum zu versehen bzw. auf drei Jahre zu befristen, im Haupt- und Finanzausschuss am 04.03.2015, wird von der Verwaltung als nicht händelbar dargestellt.

Die Bürgermeisterin Frau Alkenings hat sich in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.03.2015 so geäußert, ich zitiere: „Keiner hat den Antrag verstanden und wir wissen nicht wie wir es umsetzen sollen.

Ich zitiere weiter: Es wäre ja völlig bekloppt, die Verwaltung tagelang damit zu beschäftigen, die beschlossenen freiwilligen Leistungen und Zuschüsse herauszusuchen und dem Rat zur Beschlusslage vorzulegen.

Zitatende.

Ja warum denn nicht!

Die Vorgehensweise, wie hier die Verwaltung verfährt, ist für uns eine indirekte Unterlaufung der Budgethoheit des Rates.

Natürlich macht es Sinn, alle freiwilligen Leistungen auf ihre inhaltliche und Sinnhaftigkeit zu überprüfen und auf drei Jahre zu befristen. Auch wenn es dem einen oder anderen unbequem oder etwas mehr Aufwand bedeuten könnte/sollte. Auch mit den Luxusgütern wie Kultur und Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen, werden weiterhin im großen Stil mit einer Vielfältigkeit, die Seinesgleichen sucht im Kreis-Vergleich.

Man könnte annehmen, als hätten wir in Hilden keine finanziellen Probleme.

Party machen auf Pump ist ein schlechter Stil und geht auf die Kosten der zukünftigen Generationen.

Wir können doch nicht ernsthaft so weitermachen wie bisher und bezahlen können das dann später unsere Kinder und Enkelkinder.

Auch die Argumente, dass man in der Kultur nicht kürzen könnte, weil die Künstler schon bestellt sind und die Veranstaltungen wären schon gebucht.

Meine Damen, meine Herren, zuerst beschließen wir das Budget und dann können Künstler und Veranstaltungen bestellt und gebucht werden und nicht umgekehrt.

Auch hier, eine völlige falsche Vorgehensweise.

Das der Rat mit seiner Budget-Hoheit vor vollendete Tatsachen gestellt wird und wir die Ausführung der Verwaltung nur zur Kenntnis nehmen sollen.

Oder die Begründung, dass ohne dieses Defizit von 600.000 Euro könnten auch keine Erträge von 180.000 Euro erzielt werden.

Widerspricht jeder logischen Vorgehensweise.

Bei der Hildener Stadtbücherei sind seit einigen Jahren DVD's und Hörbücher die Ausleih-Renner.

DVD's und Hörbücher ich frage Sie, meine Damen und Herren, fördert das die Bildung? Oder ist es vielleicht ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft? Sind für den Verleih von DVD's nicht gewerbetreibende, die Steuern zahlen, nicht der bessere Ansprechpartner. Auch hier muss in Zukunft ein Umdenkprozess eingeleitet werden.

Bei den Elternbeiträgen für die Grundschulen der offenen Ganztags- und der verlässlichen Grundschulen, da hat die Verwaltung vorgeschlagen, den Schwellenwert des Bruttoeinkommens von 25.000 Euro auf 20.000 Euro zu senken, um so mehr Erträge zu erzielen. Ein falscher Weg, den die Verwaltung vorgeschlagen hat. Es kann nicht sein, dass die Verwaltung ihren Haushalt zu Lasten der Menschen mit einem geringen Einkommen konsolidieren will.

Kostenloses W-Lan für die Hildener Innenstadt stellt für uns Liberale einen wichtigen Wettbewerbsvorteil dar. Stillstand heißt Rückschritt. Es werden Subventionen jährlich in fast 6-stelliger Höhe für das Parken in Tiefgaragen zur Verfügung gestellt. Wir sind der Meinung und so wird es auch von anderen Kommunen gesehen und haben die Umsetzung bereits abgeschlossen. Das nennt man Benchmarking – wie mache ich mit einfachen Mitteln meinen Standort zukunftsfähig und attraktiver.

Eine Gewerbesteuer- und Grundsteuererhöhung, wie von den Grünen vorgeschlagen, ist mit uns nicht zu machen. Ein gravierender Fehler ist das Denken, dass die Gewerbesteuer nicht dem kommunalen Wettbewerb unterliegt. Diese Denkweise – siehe die Vorwürfe an Monheim – ist von Vorgestern und ist keine aktuelle Retro-Entwicklung. Wer den Zug hier verpasst wettbewerbsfähig zu bleiben, wird den Anschluss verlieren.

Hier zählt nach unserer Erfahrung die Planungs- und Gestaltungssicherheit – ganz dem Motto geschuldet „MANCHMAL IST WENIGER MEHR“. Aus diesem Grund werden wir eine Steuererhöhungspolitik nicht unterstützen, sondern setzen auf die Ausgabenbremse und zwar nachhaltig.

Einen konstruktiven Beitrag zur Haushaltskonsolidierung ist die geplante und beschlossene interkommunale Zusammenarbeit auf der Ebene der Jugendwerkstatt GmbH. Hier wurde ein richtiger Schritt in die richtige Richtung getätigt. Die Hildener FDP sieht noch wesentlich mehr Potential die interkommunale Zusammenarbeit auszubauen.

Gut gelungen und gut vorbereitet sind auch die Maßnahmen für das „Integrierte Handlungskonzept für die Hildener Innenstadt“.

Hier von den Hildener Freien Demokraten ein großes Lob an die Verwaltung und an die zuständige Bauderzernentin.

Wir werden weiterhin die Umsetzung und die Maßnahmen fürs integrierte Handlungskonzept konstruktiv begleiten.

Eine Fehlentwicklung ist dagegen, dass die SPD und CDU Hilden weiter verdichten möchten. Der geplante Bebauungsplan 255 Karnap Süd / Karnaper Straße / Schürmannstraße / Diesterwegstraße ist eine völlig falsche Entwicklung. Freiflächenschutz, meine Damen und Herren, ist nicht nur ein Thema für Wahlkampfzeiten, sondern ist gerade gefordert in der realen Kommunalpolitik. Das gleiche gilt für Sicherheit und Sauberkeit in unserer Stadt.

Wir stehen weiterhin zu unserem Wort. Wir wollen Freiflächen schützen und die Außenbezirke von Bebauung freihalten.

Nachverdichten und reaktivieren, neu gegen Alt im innenstadtnahen Bereich, werden wir weiterhin begrüßen.

Der Bebauungsplan am Albert-Schweitzer-Gelände ist im Dezember letzten Jahres beschlossen und die Vermarktung steht in den Startlöchern. Wir hoffen, dass sich dort für viele junge Familien die Möglichkeit eröffnet, ein neues Zuhause zu finden.

Die geplante Fahrradabstellanlage zwischen der Richrather Straße und der Schützenstraße ist ein begrüßenswertes Projekt für die Fahrradstadt Hilden. Wir hoffen natürlich auf die Bundesfördermittel.

Im Ergebnis ist der vorgelegte Haushaltsplan-Entwurf nicht zustimmungsfähig, weil er nur neue Schulden beinhaltet.

Natürlich sind viele angedachte Projekte wünschenswert. Aber wie sagt bekanntlich der Volksmund: „Ohne Moos nix los“.

Den vorgelegten Schuldenhaushalt lehnen wir Freien Demokraten ab.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Anlage 14 zur Niederschrift Rat 18.3.2015